

grüne Kopie

STH/mt p.B. 75.21

25. April 1985

St 3 O. April 85 10

GesprächsnotizGespräch mit einer Abordnung der Gesellschaft Schweiz-Palästina

Vereinbarungsgemäss empfangen ich gestützt auf das schriftlich an uns herangetragene Begehren am 24. April 1985 eine Abordnung der Gesellschaft Schweiz-Palästina, bestehend aus dem Arzt Dr. Ch.H. Rapin (Präsident), M. Porchet, M. Grombach.

1. Die drei Gesprächspartner sind offensichtlich positiv beeindruckt, dass wir uns bereit erklärt haben, sie anzuhören und ihre Fragen zu beantworten und erklären eindeutig, dass sie gewillt seien, sich an die Spielregeln zu halten und über das Gespräch nichts nach aussen verlauten zu lassen.

Sie stellen fest, dass sich die Haltung der schweizerischen Oeffentlichkeit der Nahostfrage im allgemeinen und dem Schicksal des palästinensischen Volkes gegenüber in den letzten Jahren stark gewandelt habe. Heute stelle man bei weiten Kreisen Verständnis für den Kampf der Palästinenser um eine eigene Identität fest, während Israel durch seine Intervention im Libanon viel Sympathie eingebüsst habe.

Zwar habe der offensichtliche Sympathieverlust der Israeli noch nicht automatisch zu einem Sympathiegewinn zugunsten der Palästinenser geführt, doch könnten heute wenigstens Veranstaltungen zugunsten der PLO und der Palästinenser durchgeführt werden, ohne dass die Organisatoren mit persönlichen Verunglimpfungen oder gar Tötlichkeiten rechnen müssten, wie dies früher die Regel gewesen sei.

In diesem Sinne begrüsse die Gesellschaft auch die Offenheit unseres Departementes der Palästinenserfrage gegenüber, den bestehenden Gesprächskontakt mit der PLO über deren Beobachtermission in Genf und die nun in Aussicht genommene Begegnung von Bundesrat Aubert mit dem PLO-Vertreter Kaddumi während der bevorstehenden Reise nach Tunis.

2. Auf entsprechende Fragen konnte ich sodann während der etwa einstündigen Aussprache die Grundzüge unserer Aussenpolitik tous azimuts gegenüber dem Nahen Osten und die Anwendung der Grundprinzipien der schweizerischen Aussenpolitik auf die konkrete Konfliktsituation darlegen. Ich verwies darauf, dass die aus Anlass des Kaddumi-Besuches in Bern 1981 abgegebene Erklärung nach wie vor Gültigkeit hätte, dass wir unsere Disponibilität zur Leistung guter Dienste ernsthaft zusicherten,

dass es aber illusionär wäre, unsere diesbezüglichen Möglichkeiten zu überschätzen.


Fortschritte auf einen dauerhaften Frieden seien nach unserer Analyse nur denkbar, wenn alle Parteien einen echten politischen Willen zur gegenseitigen Anerkennung und einem echten Ausgleich der Interessen zeigten, wenn sie sodann in möglichst direktem Gespräch versuchten, echte Lösungen auszuhandeln, und wenn sowohl die Ansetzung einzelner Verhandlungsrunden wie auch deren Ergebnis im weltpolitischen Rahmen abgesichert werde, was ohne Mitengagement der Grossmächte nicht möglich sein dürfte. Die Schweiz habe den Camp-David-Prozess als bedeutenden Schritt zu einer umfassenderen Lösung immer begrüsst. Im nachhinein zeige sich jedoch, dass die nicht umfassende Abstützung des ägyptisch-israelischen Friedens zu Anfechtungen geführt und die Lösung der weiteren noch offestehenden Fragen im Nahen Osten nicht automatisch erleichtert habe. Das müsste eigentlich dazu führen, weitere israelisch-arabische Verhandlungen möglichst umfassend abzusichern, doch sei die gegenwärtige Lage keineswegs so, dass diese Erkenntnis bei allen Parteien vorausgesetzt werden könne. Ein nicht unwesentliches Ziel der Reisen des Departementschefs bestehe denn auch darin, sich Informationen aus erster Hand über die Haltung der hauptsächlichlichen Akteure zu verschaffen.

3. Im weiteren Verlauf des Gesprächs setzten sich die Gesprächspartner dafür ein, dass unser Departement der schwierigen Lage der UNRWA Rechnung trage und ihr zusätzliche Mittel zur Verfügung stelle. Es gehe auch um eine wichtige politische Frage, denn die Palästinenser verfolgten eingehend die Haltung der westlichen Regierungen der UNRWA gegenüber, weil diese ein Gradmesser darstelle für die ihnen gegenüber bezeugte Solidarität. Ich referierte in knappen Zügen über unsere jetzigen Leistungen, die gemessen werden müssten an den gegenwärtigen weltweiten Prioritäten und den proportional bedeutend geringeren Leistungen einer Reihe weiterer europäischer Staaten. Ich versprach jedoch das Anliegen an die zuständige Direktion weiterzuleiten. Schliesslich machte ich noch auf die seitens der DEH über die Caritas an die Universität und das Kinderspital in Bethlehem erbrachten Leistungen aufmerksam.
4. Grund zu grosser Besorgnis sei, so legten die Vertreter der Gesellschaft Schweiz-Palästina weiter dar, die von Israel missachteten Regeln der Genfer Konventionen gegenüber Gefangenen und gegenüber der Zivilbevölkerung im Libanon. Ihrer Auffassung nach sollte die Schweiz wegen ihrer humanitären Tradition und als Sitzstaat des Roten Kreuzes sich bei Israel für die Respektierung der Konventionen einsetzen.

Ich antworte, dass wir die Situation in dieser Hinsicht mit Besorgnis verfolgten und in jedem Fall die uns am meisten Erfolg versprechendste Haltung einnehmen würden, um der Respektierung des humanitären Völkerrechts im Libanon wie anderswo zum Durchbruch zu verhelfen. Wir könnten aber unsere

Aktionen nach aussen nicht bekanntgeben, weshalb ich nicht in der Lage sei, darüber weiter zu diskutieren.

5. Insgesamt verlief das Gespräch überraschend offen und unter dem Druck von erheblich geringerem Misstrauen unserer Haltung gegenüber als bei früheren telefonischen Kontakten mit Dr. Rapin. Dennoch ist nicht zu verkennen, dass unsere Haltung von der betreffenden Gruppierung erbarmungslos an den Tatsachen gemessen wird. Darauf deutet ein Schreiben der Gesellschaft an den Chef des EMD hin, das diese zur Frage der militärischen Beziehungen zu Israel (kürzlicher Bezug von Aufklärungsdrohnen) an ihn gerichtet haben und das beiliegt.



H. Strauch

Verteiler:

- Sekretariat des Departementschefs
- Herr Staatssekretär E. Brunner
- Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (Ziff. 1)
- Herr Botschafter F. Muheim (Ziff. 4)
- Herr Botschafter J.-P. Ritter
- Herr Botschafter P. Wipfli
- Herr J.-M. Boillat
- Herr S. Speck

St 3 O. April 85 10